



HWG Saale-Orla e.V., Architekt Frank Sieber  
Pößnecker Str. 30, 07389 Ranis

**Bürgerallianz Thüringen e.V.**  
**Schloßküchenweg 27**

**98574 Schmalkalden**

Haus- Wohnungs- und  
Grundstückseigentümergeverein  
Saale - Orla e.V.

Architekt Frank Sieber  
Pößnecker Str. 30  
07389 Ranis

Telefon: 03647 / 423791  
Fax. 03647 / 502985  
www.hwg-saale-orla.de

31.03.2010

## **Stellungnahme**

**zum Gesetzentwurf zur Abschaffung der Beiträge, vorgestellt am 17. März 2010 durch die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag in Zusammenarbeit mit der Bürgerallianz Thüringen e.V.**

Liebe Beitragsgegner,

der Abschaffung von Straßenausbau- und Abwasserbeiträgen stimmen wir selbstverständlich zu. Bei allen Überlegungen und bei manchem Kompromiß, der auf dem Weg zu unserem Ziel erforderlich sein sollte, dürfen wir die ersatzlose Abschaffung der Zwangsbeiträge nicht aus den Augen verlieren.

Nachfolgend möchten wir unsere Gedanken zu einigen Punkten des Gesetzentwurfs, dessen Vorstellung wir am 17.03.2010 miterleben durften, äußern:

### **Infrastrukturabgabe**

Wir halten es für sehr bedenklich, Beiträge durch neue Abgaben, hier Infrastrukturabgabe, wieder einseitig zu Lasten der Grundstückseigentümer zu ersetzen (lt. Änderungsvorschlag zu §7 ThürKAG).

Infrastruktur (hier z.Z. speziell Straßen und Abwasseranlagen) wird durch die Allgemeinheit genutzt und ist auch durch die Allgemeinheit zu bezahlen, also aus Steuermitteln.

Es ist nicht zu verstehen, daß Spekulanten, die zum persönlichen Vorteil Weniger, ganze Volkswirtschaften verzoeken, vom Steuerzahler ausgehalten werden, statt dieses Geld zum Wohle der Allgemeinheit, auch für Investitionen in die Infrastruktur zu verwenden.

Sollten weiterhin, nur unter anderem Namen, einseitig Leistungen von Grundstückseigentümern gefordert werden, sehen wir unsere Glaubwürdigkeit als Beitragsgegner gefährdet. Die Beitragsbefürworter werden in der Hofberichterstattung nicht an Lob für die Mitarbeit der Beitragsgegner an der Umbenennung der Straßenausbaubeiträge sparen.

Eine Infrastrukturabgabe birgt die Gefahr, daß sie von kommunalen Verwaltungen, die schlecht wirtschaften bzw. falsche Prioritäten setzen, immer in maximal möglicher Höhe vereinnahmt wird. Eine Überprüfung durch die, die zahlen müssen, ist bekanntermaßen sehr schwer bzw. so gut wie unmöglich.

## Stundung und Zinsbeihilfe

Zinslose Stundung ja, aber keine Kreditaufnahme!

Geliehenes Geld zur Vorfinanzierung der Infrastrukturabgabe erhöht die Verschuldung; Zinszahlungen nutzen nur den Banken und schränken die Möglichkeiten der Allgemeinheit weiter ein.

Privatpersonen oder Unternehmen bekommen nach Bonitätsprüfung manchen Kredit, den Bund, Länder und Kommunen erhalten, zu recht nicht.

Diejenigen, die mit unseren Steuern und Abgaben umgehen, müssen zu mehr Effizienz und Gerechtigkeit gezwungen werden. Niemandem nützen Prachtstraßen als Bürgermeister-Denkmale, an deren Rand verfallene Häuser stehen, weil den Eigentümern die ohnehin oft geringe wirtschaftliche Kraft zur Sanierung und energetischen Modernisierung ihrer Häuser u.a. durch Zwangsbeiträge genommen wurde.

## Angemessene Gebühren

Wir stimmen dem Gedanken zu, daß bereits gezahlte Beiträge zurück gezahlt werden sollen.

Aber Gebühren mit bereits gezahlten Beiträgen zu verrechnen, halten wir für schwierig und vom Verfahren her für sehr aufwändig.

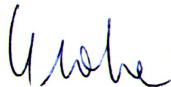
Besser wäre es, gezahlte Beiträge ohne Verrechnung zurück zu zahlen. Da dies in den wenigsten Fällen sofort möglich sein wird, sollten die gezahlten Beiträge in Bürgerdarlehen umgewandelt werden, die nach einem Zins- und Tilgungsplan zurück zu zahlen sind.

## Beteiligung

Die Beteiligung der Abgabepflichtigen ist zu verbessern bzw. überhaupt erst zu ermöglichen. Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung müssen sich nachvollziehbar in den Beschlüssen der Räte wiederfinden. Ebenso sollen die direkt betroffenen Grundstückseigentümer ein Mitspracherecht über die Art der Ausführung der geplanten Maßnahme haben (bis zur Ablehnung). Anfragen und Vorschläge an die Räte sind schriftlich zu beantworten, um sachliche Reaktionen zu ermöglichen.

Der Bürger darf nicht länger Bittsteller der Verwaltung sein.

Mit freundlichen Grüßen



Karl-Heinz Stolze  
stellv. Vorstandsvorsitzender  
Haus-, Wohnungs- und Grundstücks-  
eigentümerverschein Saale-Orla e.V.